



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

„Sinn der Bürgergesellschaft“



Vortrag von
Ministerpräsident Winfried Kretschmann
an der Evangelischen Akademie Tutzing

am 16. November 2013
in Tutzing, Deutschland

Vorwort

Ministerpräsident Winfried Kretschmann erörterte bei der Herbsttagung des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing am 16. November 2013 den „Sinn der Bürgergesellschaft“. Mit philosophischen Ansätzen, konkreten Beispielen und Erfahrungen aus der Politik diskutierte er die Fragen nach der Bedeutung und dem Sinn von bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung sowie die Entwicklung der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg.

Den Vortrag können Sie dieser Broschüre entnehmen.

Viel Freude bei der Lektüre!

Ihre Pressestelle der Landesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine große Ehre und Freude, heute im traditionsreichen Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzing zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich danke Herrn Dr. Beckstein sehr herzlich für die Einladung an den Starnberger See.

Die diesjährige Herbsttagung des Politischen Clubs will dem Denken in langen Linien einen Raum geben: „Wie werden wir morgen leben? Deutschland 2030“, so lautet der Titel. Ich will in diesem Zusammenhang eine Frage aufwerfen, die im politischen Diskurs so gut wie nie gestellt wird, die mir aber für eine zukunftsweisende Politik wichtig erscheint: Die Frage nach dem Sinn.

I. Sinnfragen und Politik

Regelmäßig werde ich danach gefragt, vor allem von Journalisten, ob mir Politik noch Spaß macht. Ich finde diese Frage, offen gestanden, etwas daneben. Egal ob ich die Frage mit „ja“ oder „nein“ beantworte, ich beantworte sie falsch. Beantworte ich sie mit „nein“, fragt sich jeder: „Warum macht er das dann? Es hat ihn doch niemand dazu gezwungen.“ Beantworte ich sie aber mit „ja“, akzeptiere ich einen Maßstab für ein Metier, der meiner Ansicht nach überhaupt nicht passt. Darum heißt meine Antwort auf diese Frage immer: Politik macht keinen Spaß, Politik macht Sinn.

Was aber meine ich damit? Ist „Sinn“ in der Politik nicht eine ebenso falsche Kategorie wie „Spaß“? Wenn an den Staat Sinnfragen herangetragen werden, kann es schließlich sehr schnell gefährlich werden. Ein freiheitlicher Staat kann und darf sich nicht als Sinnstifter betätigen.

Die „echtste Rechtfertigung der Demokratie“ – so hat es die Schweizer Philosophin Jeanne Hersch einmal ausgedrückt – besteht gerade darin, dass sie ihren Bürgerinnen und Bürgern keine Ideologie, keine Weltanschauung und keinen Moralismus aufdrängt, also keinen Sinn vorgibt. Die Demokratie bemüht sich vielmehr – und ich zitiere Jeanne Hersch weiter – „für jedes menschliche Wesen einen Leerraum zu wahren, der ihm erlaubt zu denken, zu glauben, zu hoffen und zu handeln, wie es ihm sein inneres Gewissen eingibt.“

Die Demokratie sollte also einen Rahmen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit schaffen. So formuliert es auch unsere Verfassung. Sie ist nicht selbst mit der Freiheit identisch, sondern sie ist nur eine günstige Vorbedingung für die Freiheit der Einzelnen. Der freiheitliche Staat hat also die Aufgabe, möglichst günstige Bedingungen für die Realisierung der Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Hannah Arendt hat das mit einer prägnanten Aussage auf den Punkt gebracht, die lautet: „Der Sinn von Politik ist Freiheit.“ Diese politische Freiheit aber, das lernen wir von Jeanne Hersch, ist eine „leere“ Freiheit, die von den Menschen erst noch gefüllt werden muss. Ein lebendiges Gemeinwesen braucht deshalb Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrer Freiheit etwas anzufangen wissen, die sich engagieren.

Jeanne Hersch formuliert dies einfach und prägnant: „Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung.“ Ich glaube, dies ist der Kernsatz ihrer ganzen Philosophie. Jeanne Hersch und Hannah Arendt, beide Jaspers-Schülerinnen, sind sozusagen meine politischen Mentorinnen. Und deshalb muss es einer Politik, deren Sinn darin besteht, Freiheit zu ermöglichen, auch immer darum gehen, wie sie Menschen ermutigen und befähigen kann, sich in einer freien Gesellschaft in Verantwortung zu engagieren.

II. Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg: Theorie und Praxis

Baden-Württemberg, das sage ich als „Landesvater“ nicht ohne Stolz, hat sich im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements immer schon in besonderer Weise hervorgetan. Unser Erfolg liegt also nicht nur in den bekannten, innovativen schwäbischen Unternehmen und in unserer starken Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Die Hidden Champions sind ja bekannt und wir liegen in einem Wettbewerb mit Bayern, die gerade die Nase knapp vorne haben.

Baden-Württemberg verdankt seine Stärken seiner starken Zivilgesellschaft. Diese Zivilgesellschaft macht sich überall dort bemerkbar, wo Bürgerinnen und Bürger nicht einfach nach dem Staat rufen, sondern wo sie die Gestaltung ihres Gemeinwesens ein Stück weit selbst in die Hand nehmen. In Kirchen und Vereinen aller Art, ob sportlich, sozial, kulturell, ökologisch; in Bürgerinitiativen, in der Nachbarschaftshilfe und in Selbsthilfegruppen – überall sind Menschen ehrenamtlich aktiv. Mit einer Quote von 41 Prozent Ehrenamtlicher aller Bürgerinnen und Bürger liegen wir hier bundesweit auf Platz eins. Und sie können sich vorstellen, dass dies das eigentliche Pfund ist und dass man solch ein Land gern regiert.

Schon im Jahr 1995 lud einer meiner Vorgänger, der damalige Ministerpräsident Erwin Teufel, zu einem vielbeachteten Kongress ein, der sich dem Thema widmete: „Was hält die moderne Gesellschaft zusammen? Individualismus, Verantwortung, Gemeinschaft im 21. Jahrhundert“. Das ehrenamtliche Engagement wurde auf diesem Kongress in einen großen Diskurszusammenhang gestellt, der nicht zuletzt von kommunitaristischen Denkern wie Amitai Etzioni geprägt war. Das Ehrenamt und das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger wurden dabei als tragende Säulen einer modernen, pluralistischen Gesellschaft identifiziert und Gesellschaftsmodellen gegenübergestellt, die primär auf staatliche Versorgung setzen.



Feierliche Preisverleihung des Ehrenamtwettbewerbs „Das Ehrenamt in Baden-Württemberg. Echt Gut!“ am 6. Dezember 2013 im Neuen Schloss, Stuttgart.

Wenn es der Sinn der Demokratie ist, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen, dann ist es der Sinn einer engagierten Bürgergesellschaft, ein lebendiges Gemeinwesen zu bilden und die Demokratie zu stärken. Gemeinsinn ist eben nur dort möglich, wo man sich auch tatsächlich als Gemeinwesen empfindet. Das versteht sich nämlich nicht von selbst. Und Werte wie Solidarität, Hilfsbereitschaft oder auch der Wert der Nachhaltigkeit lassen sich nicht einfach „von oben herab“ verordnen.

Vielmehr werden Werte durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in die Gesellschaft eingepflegt. Weil der Staat selber eben keinen Sinn stiften kann und soll, wenn er freiheitlich bleiben möchte, ist er umso mehr auf Menschen angewiesen, die einen Sinn darin erkennen, sich für das Gemeinwesen zu engagieren. In Baden-Württemberg gibt es eine sehr lebendige Tradition bürgerschaftlichen Engagements, und ebenso eine lebendige Tradition des Nachdenkens darüber, wie der angesprochene Kongress von Erwin Teufel gezeigt hat.

III. Vorbedingungen einer modernen Bürgergesellschaft

Seit jenem genannten Kongress sind jedoch etliche Jahre ins Land gegangen. Und das, was wir Bürgergesellschaft nennen, hat sich weiter entwickelt. Immer öfter geben sich aktive Bürger nicht mehr mit dem zufrieden, was die Institutionen entscheiden. Sie mischen sich ein, protestieren und wollen, wo immer sie sich engagieren, auch mitgestalten und mitbestimmen. Von den Vertretern der Institutionen wollen sie auf Augenhöhe behandelt werden.

Wenn wir also auch weiterhin motivierte Menschen für ehrenamtliches Engagement gewinnen wollen, dann werden wir unsere Institutionen für dieses wachsende Mitwirkungsbedürfnis öffnen müssen. Andererseits gibt es aber auch gewisse Tendenzen, die dem bürgerschaftlichen Engagement entgegenwirken:

- Zum Beispiel die fortschreitende Individualisierung in unserer Gesellschaft. Man erkennt ja oft, dass die Gesellschaft auch eine Gemeinschaft der Gemeinschaften ist und nicht nur ein zusammengewürfelter Haufen von Individualisten.
- Zum Beispiel die zunehmende Komplexität, Unübersichtlichkeit und Globalisierung unserer Lebensverhältnisse.
- Und natürlich auch ein Übermaß an Konsum und Zerstreuung.

Womit können wir also werben, um Menschen auch in Zukunft zum Engagement zu ermutigen?

Ich halte an der für manche vielleicht altmodisch klingenden Idee fest: Es gilt, die Menschen davon zu überzeugen, dass es Sinn macht, sich zu engagieren. Sinn für die Gesellschaft, aber auch Sinn für den Einzelnen. Denn wenn wir uns mit anderen zusammen hinter einer Idee versammeln, können wir wirklich viel bewirken. Daraus entsteht Macht und nicht, wie man gemeinhin denkt, aus der Ernennung in Ämter. Für diese Überzeugungsarbeit genügen allerdings nicht nur warme Worte. Dafür muss die Politik auch entsprechende Bedingungen schaffen.

IV. Das Unbehagen an der Demokratie

Viele Menschen engagieren sich nämlich nicht, weil sie glauben, dass es sinnlos sei. Es fallen dann Sätze wie: „Man kann ja sowieso nichts ausrichten.“ Oder: „Die da oben machen ja doch was sie wollen.“ Oder man schimpft ganz allgemein auf die Politik. In dieser Haltung kommt letztlich ein Unbehagen an der Demokratie zum Ausdruck, das die Politik nach meiner Auffassung nicht ignorieren darf.

In Baden-Württemberg haben die Proteste gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 dieses Unbehagen wie unter einem Brennglas verdichtet. Es ist anzumerken: Ich habe zehn Jahre engagiert gegen dieses Projekt gekämpft. Stuttgart 21 ist deutschlandweit zum Symbol für eine empörte Bevölkerung geworden, die das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und ihre Verfahren verloren hat. Beim Papstbesuch war es eine große Überraschung für mich: Als Papst Benedikt in Freiburg war hatte ich die Ehre einer etwa 10-minütigen Privataudienz. Wonach fragte er mich? Nach Stuttgart 21. Er hat sich dabei weniger für den Bahnhof an sich interessiert, als für das, was hinter diesen Protesten wohl stecken mag. Wie in einem Brennglas hat sich das Unbehagen verdichtet, an diesem Bahnprojekt

Stuttgart 21. Inzwischen ist der Fall durch eine Volksabstimmung entschieden. Die Mehrheit hat landesweit und auch in Stuttgart für dieses Projekt votiert.

Aber das in diesem Konflikt aufscheinende Grundproblem ist deshalb noch lange nicht gelöst. Entscheidungen, die etwa im Rahmen unseres öffentlichen Planungs- und Baurechts auf legalem Wege zustande kommen, gelten in der Bevölkerung nicht mehr automatisch als legitim. Althergebrachte Verfahren der Bürgerbeteiligung entsprechen nicht mehr den Anforderungen einer modernen, aufgeklärten und auch aufmüpfigen Zivilgesellschaft. Die Menschen fühlen sich in diesen Verfahren häufig nicht wirklich ernst genommen.

V. Die Politik des Gehörtwerdens

Mit einer „Politik des Gehörtwerdens“ – so habe ich das genannt und dieser Ausdruck hat sich in meinem Land inzwischen eingebürgert – will meine Landesregierung deshalb der modernen Bürgergesellschaft ein Angebot machen und so verloren gegangenes Vertrauen Schritt für Schritt wieder zurück gewinnen.

Worum geht es dabei? Lobbygruppen jeglicher Art verfügen seit jeher über breite Zugangsstraßen in die Parlamente und Regierungszentralen. Deshalb entwickeln wir in Baden-Württemberg neue Formate, die auch der Zivilgesellschaft den gleichen Zugang zur Politik ermöglichen, wie ihn diese Lobbygruppen haben. Wir wollen Angebote machen zur Mitwirkung der Bürgergesellschaft auf Augenhöhe mit der Politik.

Dafür habe ich eigens Gisela Erler als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in meine Regierung berufen, die alle diesbezüglichen Bemühungen an der Spitze der Landesregierung koordiniert und federführend vorantreibt. Eine Staatsrätin ist eine ehrenamtliche Ministerin im Kabinett – mit Sitz und Stimme im Kabinett, mit einem kleinen Stab. Das gibt es nur in Baden-Württemberg.

Der Grundgedanke dabei ist folgender: Politik und Verwaltung haben der Bürgerschaft gegenüber eine Bringschuld. Diese Bringschuld heißt: Transparenz und Offenheit. Transparenz bedeutet, dass wir die Vorhaben und Verfahren öffentlich nachvollziehbar machen müssen, sie zum Beispiel ins Internet stellen.

Aber Offenheit bedeutet mehr. Offenheit bedeutet, dass wir offen sein müssen für Alternativen. In der Offenheit für Alternativen liegt meines Erachtens der eigentliche Charme der Demokratie. Denn dass es Alternativen gibt, zeichnet eine Demokratie gerade aus. Deswegen war das Wort „alternativlos“ nicht zu unrecht das Unwort des Jahres 2010.



Erste Online-Sprechstunde des Ministerpräsidenten am 12. April 2013 in der Villa Reitzenstein, Stuttgart.

Der Vertrauensbruch mit den demokratischen Institutionen findet nämlich immer dann statt, wenn die Bürgerschaft den Eindruck hat, hinter den Kulissen sei sowieso schon alles entschieden. Dass also schon informell entschieden ist, wenn die förmlichen Anhörungsverfahren einsetzen. Und wenn dieser Vertrauensbruch erst einmal da ist – wie bei Stuttgart 21 – dann ist er nur ganz schwer wieder zu kitten. Diese Erfahrung muss ich gerade machen! Einen kleinen Teil der Bevölkerung hat die Volksabstimmung nämlich nicht überzeugt, und dieser verfolgt mich bis heute. Ich hatte dann den Genuss, in die literarische Figur des Verräters zu geraten – bis hin zu Judas-Plakaten, die auf Wahlveranstaltungen vor mir gehisst wurden.

Offenheit und Transparenz, so lautet also die Bringschuld der Institutionen. Es gibt aber auch eine Bringschuld der Zivilgesellschaft, und die heißt: zivilisierter Streit, gewaltfrei und ohne Fanatismus. Leider ist es in politischen Streitfragen gar kein seltenes Phänomen, dass sich Teile der Zivilgesellschaft fanatisieren. Das macht mir große Sorgen.

Vor kurzem etwa hat das Wissenschaftsministerium in Baden-Württemberg einen Vorschlag gemacht, wie unsere fünf Musikhochschulen einen Konsolidierungsbeitrag zum Landeshaushalt leisten können, ohne dass es zu Qualitätsverlusten kommt. Der Vorschlag lief auf Spezialisierung und Profilbildung hinaus – natürlich mit gewissen Einschnitten und Einsparungen. Sofort stieg bei einigen Betroffenen und ihren Unterstützern die Fieberkurve auf über 42 Grad. Von Zerstörung und Zerschlagung der baden-württembergischen Musikhochschulandschaft war da die Rede. Wie gesagt, es ging um einen Vorschlag zur Profilbildung! Es war ein Vorschlag und noch keine Ent-

scheidung. Und trotzdem läuft die Diskussion sofort aus dem Ruder. Diese überdrehten Reaktionen sind in meinen Augen alles andere als hilfreich, weil sie einen vernünftig abgewägten Diskurs enorm erschweren.

In der Stuttgarter Zeitung war vor kurzem zu lesen, dass manche Menschen sich mitunter in der tiefen Überzeugung engagieren, „dass das eigene Interesse das Gemeinwohl doch aufs Schönste zum Ausdruck bringe“. Wenn wir Engagement aber nur noch im Namen des eigenen Interesses betreiben, kommen wir auf eine schiefe Ebene ohne eine regulative Idee, die über dem Interessenkonflikt steht. Die Frage nach dem Ganzen und dem Gemeinwohl muss am Ende, bei aller legitimen Wahrnehmung von Interessen, die regulative Idee bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens sein und bleiben. Denn Interessen sind widersprüchlich und viele Interessengruppen sind nicht gleich stark und nicht gleich mächtig, um sich zu artikulieren und durchzusetzen. Und die Interessen jener, die noch gar nicht wählen können? Wie sollen diese sich Gehör verschaffen, wenn es zum Beispiel um ökologische Fragen geht?

Mit Interessenausgleich allein kann man zum Beispiel keinen Haushalt sanieren. Das haben sogenannte „Bürgerhaushalte“ gezeigt, die einige Oberbürgermeister bei uns zu installieren versucht haben. Da kommt bestenfalls heraus, nicht ganz so viel auszugeben, wie bisher – aber es kommt dabei nicht zur Sanierung von Haushalten. Politisches Engagement braucht also immer auch Werte und Maßstäbe. Und dieser Maßstab kann nur das Ganze, das Gemeinwohl sein. Ein Blick nach Europa jedenfalls zeigt uns, welche Folgen drohen, wenn die rote Linie bei den Schulden überschritten ist. Es ist also im Interesse des Ganzen, die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen – auch wenn die notwendigen Einschnitte dabei wehtun werden. Wenn es um die eigenen Interessen geht, sind alle für das Sparen im Allgemeinen aber für die Freigiebigkeit im Besonderen.

Populistische Bewegungen, die einfache Antworten vorgaukeln, sind in vielen Ländern Europas derzeit auf dem Vormarsch. Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen! Wir müssen durch neue Beteiligungsverfahren und mehr direkte Demokratie einerseits das Vertrauen der Bürgergesellschaft in die demokratischen Institutionen wieder stärken. Andererseits müssen wir aber auch auf dem Weg dieser Beteiligungsverfahren die Bürgerinnen und Bürger stärker bei der Gestaltung des Gemeinwesens in die Pflicht nehmen.

Offenheit und Transparenz auf Seiten der Institutionen und zivilisierter, am Ganzen orientierter Streit auf Seiten der Zivilgesellschaft: Nur wenn beide Seiten sich so einbringen, kann dieser weitere Schritt in die Bürgergesellschaft gelingen. Er muss nämlich keineswegs gelingen. Er kann gelingen. Dazu sind meiner Ansicht nach diese Bedingungen erforderlich. Am Ende aller Verfahren aber – auch das soll allen klar sein – muss eine Entscheidung stehen.

Und als ich im Wahlkampf diese „Politik des Gehörtwerdens“ eingeführt habe, habe ich gesagt, das bedeute jetzt allerdings nicht, dass ich aus Baden-Württemberg den größten Debattierklub aller Zeiten machen möchte, indem nichts mehr entschieden werden würde. Das wäre ein Missverständnis. Das heißt: Zum Schluss wird entschieden und entscheiden tun die dafür vorgesehen Organe unserer Verfassungsordnung. Je nach Zuständigkeit sind dies der Gemeinderat einer Kommune, der Landtag, der Bundestag, der Bundesrat oder, im Fall von direkter Demokratie, das Volk selbst.

Dabei gilt, wie immer in der Demokratie: Es entscheidet die Mehrheit und nicht die Wahrheit! Auch deshalb ist für Fanatismus in demokratischen Auseinandersetzungen kein Platz. Über Glaubensfragen und absolute Wahrheitsansprüche wird nämlich in der Demokratie nicht verhandelt und nicht entschieden.

Diese Fragen klammert der freiheitliche Staat aus und garantiert seinen Bürgerinnen und Bürgern dafür Glaubensfreiheit, aber auch Minderheitenschutz und Fairness, so dass die Minderheit auch zur Mehrheit werden kann. Auch wenn es mal 58 Jahre dauert, wie in Baden-Württemberg, bis die CDU abgelöst wurde. Man muss auch Geduld haben.

Es entscheidet die Mehrheit und nicht die Wahrheit! Das sage ich jetzt nicht zufällig. Es gab immer wieder harte Auseinandersetzungen – zumal war der beliebte Ruf der Stuttgart 21 Gegner „Lügenpack!“. Und auch jetzt kommen die, die das Ergebnis der Volksabstimmung nicht anerkennen, und sagen „Es ist gelogen worden“. Ich sage dann immer, schon im Psalm 1 stehe, dass die Menschen alle lügen würden. Natürlich wird immer gelogen. Das gehört zum menschlichen Leben dazu, sonst gäbe es das Siebte Gebot nicht, wenn wir alle nicht lügen würden. Die Lüge ist damit nicht gemeint, sondern dass über solche Grundfragen von Wahrheit und Lüge nicht mehr entschieden wird. Über Lüge und Wahrheit geht es in Diktaturen und nicht in Demokratien. Alles andere wäre ein großes Missverständnis. Die Mehrheit der Bevölkerung kann selbstverständlich genauso irren wie die Minderheit! Und die Narren von heute können die Helden von morgen sein – aber sie können natürlich auch die Obernarren von morgen sein. Wer will das im Voraus sagen?

Daraus folgt nun aber, dass der Erfolg einer „Politik des Gehörtwerdens“ nicht daran gemessen werden kann, ob man als einzelner Bürger oder als Gruppe im Verfahren erhört wurde oder nicht, ob man also seine Sicht der Dinge durchsetzen konnte oder nicht. Der Erfolg bemisst sich vielmehr daran, ob Bürgerschaft und Institutionen an einem fairen Verfahren beteiligt waren, in dem niemand übergangen wurde und in dem alle Anliegen angemessen Gehör gefunden haben – vergleichbar dem rechtlichen Gehör bei Gericht.



Winfried Kretschmann bei einer Informationswanderung im Teilgebiet Ruhestein des Nationalparks Schwarzwald am 11. November 2012.

VI. Beispiel Nationalpark Schwarzwald

Ich kann Ihnen das an einem aktuellen, konfliktträchtigen Thema baden-württembergischer Landespolitik erläutern: dem Beschluss meiner Regierung, im Schwarzwald einen Nationalpark einzurichten, vergleichbar dem Nationalpark Bayerischer Wald. Dieses Großprojekt war der erste richtige Testfall für unsere Politik des Gehörtwerdens – in der öffentlichen Wahrnehmung mit durchaus gemischtem Resultat. Noch nie wurden bei einem vergleichbaren Großprojekt die Bürgerinnen und Bürger so frühzeitig und so intensiv in die Beratungen und Diskussionen eingebunden wie hier.

Schon im Vorfeld des eigentlichen Gesetzgebungsverfahrens hat das Kabinett ein Gutachten in Auftrag gegeben, das im Dialog mit der betroffenen Region erarbeitet wurde. Die Bürgerinnen und Bürger haben dafür über 1600 Fragen eingereicht, die im Rahmen des Gutachtens zusammengefasst und beantwortet wurden. Es gab regionale Arbeitskreise und über 100 Informationsveranstaltungen jeglicher Art. Zu diesem ersten Gesetzentwurf wiederum konnten dann nicht nur die üblichen Verbände ihre Stellungnahmen und Kritikpunkte vorbringen. Vielmehr hatten alle Bürgerinnen und Bürger über ein von uns eingerichtetes Online-Beteiligungsportal die Möglichkeit, Kritik und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Etliche Vorschläge aus der Bürgerschaft sind auf diesem Weg schließlich in das Nationalparkgesetz eingeflossen.

Trotz dieser intensiven Bürgerbeteiligung von der ersten Stunde an, hat sich in der Region ein massiver Widerstand gegen das Projekt formiert, der – bei allen Zugeständnissen der Landesregierung – kein bisschen von seiner Fundamentalopposition abgewichen ist.



Winfried Kretschmann im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern beim Bürgerempfang in Überlingen am 13. November 2013.

In den Augen der entschiedenen Nationalparkgegner war vielmehr der gesamte Beteiligungsprozess, der bundesweit ohne Beispiel ist, eine reine Alibiveranstaltung.

Dieser Eindruck wurde dadurch verstärkt, dass in einigen betroffenen Gemeinden Befragungen stattfanden, in denen der Nationalpark mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Diese Befragungen waren informell, wurden aber von der Bürgerschaft anders gesehen. Die Bürgermeister haben immer darauf verwiesen, dass diese Befragungen nicht entscheidend sind – es sind nur Befragungen. Gleichzeitig haben repräsentative Umfragen aber ergeben, dass in der Gesamtregion sowie in Baden-Württemberg eine große Mehrheit hinter dem Projekt steht. Was können wir daraus lernen?

1. Bei allen Beteiligungsverfahren muss in Zukunft noch deutlicher kommuniziert werden, wer am Ende entscheidet. Und ein Nationalpark ist ein Projekt – wie der Name schon sagt – von nationaler Bedeutung, das dem Erhalt der biologischen Vielfalt dient. Die Entscheidung liegt nach unserer Verfassungsordnung in der Kompetenz der Länderparlamente. Da der Nationalpark jedoch natürlich irgendwo liegt, erscheint es als regionales Projekt. Zuständigkeitsfragen sind auch deshalb zentral, weil sonst Projekte von landes- oder gar bundesweiter Bedeutung, wie beispielsweise der Ausbau von Stromtrassen, jederzeit an einem regionalen Veto scheitern könnten.

Wir müssen hier klar machen, dass beteiligen nicht auch immer entscheiden heißt. Es gibt einen qualitativen Unterschied zwischen Bürgerbeteiligung mit beratendem Charakter und direkter Demokratie. Das haben leider viele noch nicht verstanden. Das kann aber

auch nicht verwundern – wir machen das noch nicht so lange. Die Schweiz praktiziert dies seit über 150 Jahren. Dort sind die Bürgerinnen und Bürger es sozusagen gewohnt. Auch die Bayern sind da schon wesentlich weiter als wir. Bei uns muss man das noch lernen.

Auch die direkte Demokratie wollen wir in Baden-Württemberg ausbauen. Erst jüngst haben wir uns über Parteigrenzen hinweg darauf geeinigt, die Hürden für Volksabstimmungen und Bürgerentschiede zu senken. Allerdings nicht so wie in Bayern. Die CSU ist auf diesem Gebiet vollkommen anders als die CDU. Dort herrschen große Vorbehalte gegenüber der direkten Demokratie – das ist in der CSU offensichtlich ganz anders. Aber im Fall Nationalpark ging es darum, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgergesellschaft auch da zu stärken, wo die Entscheidungsbefugnis beim Landtag liegt.

2. Bei diesem Konflikt haben kulturelle Differenzen zu einer starken Emotionalisierung der Debatte geführt. Während die Befürworter des Nationalparks, wie etwa ich, von einem Naturverständnis ausgehen, das einem kleinem, sich selbst überlassenen Stück Natur – es sind 0,7 Prozent der Waldfläche Baden-Württembergs – einen hohen Eigenwert zuschreibt, werden die Gegner von einem Naturverständnis geleitet, in dem die Nutzung der Natur durch den Menschen im Mittelpunkt steht. Da fallen dann Aussagen wie: „Ihr lasst den Wald verkommen!“ oder „wir haben hier genug Ungeziefer und ihr wollt es noch züchten!“ – dies bezog sich auf den Borkenkäfer. Das sind gewissermaßen Werte- oder Glaubensfragen, über die man sich auf einer sachlichen Ebene durch Argumente kaum wird einigen können. Es muss also in einem Beteiligungsverfahren künftig von Anfang an Klarheit darüber herrschen, was überhaupt sinnvoller Weise Gegenstand der Debatte sein kann – und was nicht.

Die Frage, ob man die Natur auch mal sich selber überlässt oder dies lieber lässt – das ist eine Vorentscheidung, die in Wahlen fällt. Der Nationalpark stand auch im Wahlprogramm. Wer den nicht wollte, hätte auch jemanden anders wählen können. Natürlich sollen Parteien auch unterschiedliche Werteprofile anbieten. Dies sind Vorentscheidungen für die sich die Bürgerschaft entscheiden kann.

3. Natürlich waren auch wirtschaftliche Interessen im Spiel. Die Holz- und Sägeindustrie vor Ort war nicht begeistert von der Idee, 10.000 Hektar Wald von der wirtschaftlichen Verwertung auszunehmen.

4. Auch in diesem Fall hat der alte politische Grundkonflikt von „ihr da oben“ und „wir da unten“ eine Rolle gespielt, der Ausdruck der von mir beschriebenen Vertrauenserosion gegenüber den demokratischen Institutionen ist. „Ihr da oben in Stuttgart wollt uns, die wir seit Generationen im Schwarzwald leben, jetzt erzählen, wie wir mit unserem Wald umgehen sollen. Das lassen wir uns nicht gefallen!“

Und ich möchte auch noch einfügen: Ein großes Problem vieler Debatten ist, dass die Größenordnungen fehlen. Oft haben wir kein Verhältnis mehr zu den Größenordnungen. Wenn dies nicht stimmt, kann nicht vernünftig debattiert werden. Ich habe zu den Gegnern gesagt: „Halt! Das, was ihr wollt – einen ordentlichen, sauberen Wirtschaftswald – gibt es auch weiterhin auf 97 Prozent der Waldfläche. Also regt euch nicht so sehr auf – denn der Nationalpark entsteht nur auf einem winzigen Teil!“ Und wenn man die Größenordnung nicht annimmt, ist es enorm schwierig, zu vernünftigen Debatten zu kommen. Dies ist ein schwerwiegendes Problem – nicht nur bei dem Nationalpark.

All diese Probleme zeigen, dass wir noch einen weiten Weg vor uns haben, wenn wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Institutionen zurück gewinnen wollen. Ich sage immer: Vertrauen ist die knappste aber auch die wichtigste Ressource in der Politik. Vertrauen ist schnell verspielt, schnell wieder aufgebraucht. Deswegen brauchen wir eine neue Kultur der Beteiligung, wie sie uns in Baden-Württemberg vorschwebt. Sie entsteht nicht einfach von heute auf morgen – sie braucht vor allem Zeit, um zu wachsen.

Wir haben jetzt einen Planungsleitfaden entwickelt, in dem allen Behörden durch eine Verwaltungsverordnung vorgeschrieben wird, wie sie frühzeitig Bürgerbeteiligung gestalten müssen. Denn es ist immer – je nach Problem – unterschiedlich vorzugehen. Sie müssen zum Beispiel als Sozialministerin mit Selbsthilfegruppen aus der Medizin ganz anders umgehen, als der Umweltminister mit dem Nationalpark. Es benötigt zugeschnittene, passgenaue Konzepte.

VII. Vom Sinn bürgerschaftlichen Engagements

Was folgt nun aus all dem für die Gegner des Nationalparks, die sich in den verschiedenen Formaten der Bürgerbeteiligung für ihre Sicht der Dinge engagiert, aber am Ende nicht durchgesetzt haben? Was folgt für die Gegner von Stuttgart 21, die mit ihrem kreativen Protest bundesweit Aufmerksamkeit erregt haben – bis in den Vatikan hinein –, dann aber die Volksabstimmung verloren haben? War ihr jeweiliges Engagement sinnlos? Nein, im Gegenteil: Ich glaube, dass es immer Sinn macht, sich in der Gesellschaft für seine Überzeugung zu engagieren. Der Beteiligungsprozess hat unsere ursprünglichen Pläne zum Nationalpark substantiell verändert.

So wurde zum Beispiel das Gebiet des Nationalparks letztlich so ausgewiesen, dass es sich zum Teil in Höhenlagen befindet, die für den Holzertrag ohnehin nicht sehr interessant sind. Wir sind der Holzindustrie in vielen anderen Fragen entgegengekommen. Der Nationalparkrat wird zur Hälfte aus dieser Region besetzt und sie hat auch den Vor-

sitz. Das Nationalparkgesetz in seiner heutigen Form trägt ganz deutlich die Handschrift der Region – auch die der Gegner! Die Einmischung der Bürgerinnen und Bürger hat also in jedem Fall etwas bewegt. Und beim Konflikt um Stuttgart 21 war es natürlich so, dass dieser Konflikt die ganze Debatte, über die ich gerade rede, ausgelöst hat.

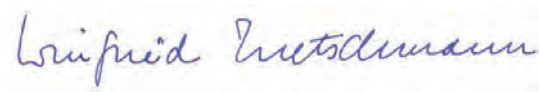
Wichtig dabei ist, dass wir protestierende Bürgerinnen und Bürger nicht als Wutbürger und Neinsager diffamieren, denn in jedem Nein wohnt bereits der Kern einer Alternative. Das ist einfach schwäbische Dialektik, das haben wir von Herrn Hegel gelernt. Und von Alternativen lebt die Demokratie. Denken Sie nur an die Anti-Atomkraft-Bewegung: In ihr war der Kern der Energiewende schon angelegt, die wir heute in einem großen, nationalen Konsens beschlossen haben und die wir jetzt umsetzen wollen.

Jahrzehntelang sind politische Diskurse in diesem Land hauptsächlich bestimmt worden durch den vermeintlichen Antagonismus von Markt und Staat. Das greift aber entschieden zu kurz. Tatsächlich muss es uns darum gehen, das Verhältnis von Staat, Markt und Bürgergesellschaft immer wieder neu zu ordnen. Über die Rolle der Bürgergesellschaft habe ich heute gesprochen. Wir werden aber auch neu über die Rolle des Staates und des Marktes nachdenken müssen.

Der Marktradikalismus der FDP ist gescheitert und die FDP ist an ihm gescheitert. Die Finanzmarktkrise hat allen gezeigt, dass unregulierte Marktkräfte außer Rand und Band geraten können. An meiner Partei dagegen habe ich zuletzt eine zu große Staatsgläubigkeit kritisiert. Wenn man sich die Schuldenberge ansieht, die auch reiche Staaten inzwischen aufgetürmt haben, dann kann keiner mehr so richtig daran glauben, dass der Staat für alles zuständig sein soll und alles richten kann.

Staat, Markt und Bürgergesellschaft in die richtige Balance zu bringen – dies wird in einer modernen Gesellschaft nicht ein für alle Mal gelingen. Es bleibt eine beständige Reformaufgabe. Aber ich glaube, sie ist die Mühe wert. Wir sollten in einem wohlgeordneten Gemeinwesen leben, in dem wir über Ziele und Wege streiten können, ohne uns zu zerstreiten.

Herzlichen Dank!



Winfried Kretschmann
Ministerpräsident von Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Staatsministerium
Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15
70184 Stuttgart